Freiwillige Feuerwehr Stadt Hauzenberg

(Dienststelle, Organisation)

Niederschrift über die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung von Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz

Vor der verpflichtenden Person erschien

Per Videokonferenz zwischen der verpflichtenden und der zu verpflichtenden Person wurde zugeschaltet

heute zum Zwecke der Verpflichtung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes

Vorname, Name	Geburtsdatum :	Geburtsort:
tätig für die Freiwillige Feuerwehr Stadt Hauzenberg:		

Die Person wurde auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet. Sie wurde auf folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches hingewiesen:

§133 Abs. 3 Verwahrungsbruch,
§ 201 Abs. 3 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes,
§ 203 Abs. 2, 4, 5 Verletzung von Privatgeheimnissen,
§ 204 Verwertung fremder Geheimnisse,
§§ 331, 332 Vorteilsannahme und Bestechlichkeit,
§ 335 Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung,
§ 336 Unterlassen der Diensthandlung,
§ 338 Vermögensstrafe und Erweiterter Verfall,
§ 353b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht,
§ 358 Nebenfolgen,
§ 97b Abs. 2 i.V.m. §§ 94 bis 97 Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses,
§ 120 Abs. 2 Gefangenenbefreiung,
§ 355 Verletzung des Steuergeheimnisses.

Die erschienene Person wurde darüber hingewiesen und belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie anzuwenden sind. Sie erklärt:

Ich bin von dem Inhalt der genannten Bestimmungen unterrichtet worden. Außerdem wurde ich darauf hingewiesen, dass es verboten ist, dienstliche Aufzeichnungen für nichtdienstliche Zwecke zu fertigen oder im persönlichen Gewahrsam zu haben. Mir ist eröffnet worden, dass ich bei Verletzung meiner Pflichten strafrechtliche Verfolgung zu erwarten habe. Ich habe eine Ausfertigung der Niederschrift und der vorstehenden Strafvorschriften erhalten.

Vorstehendes gilt in vollem Umfang auch für den BOS-Funk und für die BOS-Alarmierung.

Freiwillige Feuerwehr Stadt Hauzenberg Datum	Unterschrift des Verantwortlichen Kommandant oder Stellvertreter(in)	Unterschrift des Verpflichteten X Vorname, Name
		Bei Minderjährigen: Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten X Vorname, Name

. Hinweis: Bei Eintritt der Volljährigkeit ist die Belehrung der/des Dienstleistenden zu erneuern.

Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz – BMVBW 2005

1. Auszug aus den maßgebenden Gesetzesbestimmungen

Der nachfolgende Abschnitt enthält die relevanten Bestimmungen des Verpflichtungsgesetzes (Art. 42 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 2. März 1974, in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 15. August 1974, BGBl. S. 1942). Die wichtigsten Regelungen sind in § 1 aufgeführt:

- Es werden Personen verpflichtet, die – ohne Amtsträger im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 2 des Strafgesetzbuches zu sein – entweder bei einer Behörde oder einer sonstigen Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, beschäftigt oder für diese tätig sind.
- Ebenso betrifft dies Personen, die bei einem Verband, Zusammenschluss, Betrieb oder Unternehmen, die für eine Behörde oder sonstige Stelle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung ausführen, tätig sind.
- Auch öffentlich bestellte Sachverständige werden verpflichtet.

Die Verpflichtung erfolgt mündlich und beinhaltet den ausdrücklichen Hinweis auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung. Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift aufgenommen, die vom Verpflichteten zu unterzeichnen ist. Eine Abschrift dieser Niederschrift wird ausgehändigt, es sei denn, Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland sprechen dagegen.

2. Zuständigkeit für die Verpflichtung

- Für die Verpflichtung sind entweder die jeweils zuständige oberste Dienstaufsichtsbehörde oder – sofern eine Dienstaufsicht nicht besteht – die oberste Fachaufsichtsbehörde nach Bundesrecht zuständig (Absatz 1 Nr. 1 und 2).
- In anderen Fällen bestimmt die Landesregierung durch Rechtsverordnung die zuständige Behörde.

3. Auszüge aus dem Strafgesetzbuch (StGB)

Die Verpflichtung und die damit verbundenen rechtlichen Folgen werden durch verschiedene Vorschriften des Strafgesetzbuches (StGB) ergänzt:

§ 11 Personen und Sachbegriffe

- Amtsträger sind Personen, die nach deutschem Recht Beamte oder Richter sind, in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis stehen oder Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen.
- Für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete sind Personen, die förmlich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet wurden, jedoch keine Amtsträger sind.

§ 133 Verwahrungsbruch

Wer dienstlich verwahrte Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Handelt es sich um Sachen, die dem Täter als Amtsträger oder besonders Verpflichtetem anvertraut wurden, kann die Strafe bis zu fünf Jahren betragen.

§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

Das unbefugte Aufnehmen, Verwenden oder Zugänglichmachen nichtöffentlich gesprochener Worte eines anderen wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Für Amtsträger und besonders Verpflichtete kann die Strafe bis zu fünf Jahren betragen. Auch der Versuch ist strafbar.

§ 203 Verletzung von Privatgeheimnissen

Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis offenbart, das ihm im Rahmen seines Berufs oder seiner Funktion anvertraut wurde, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Für Amtsträger und besonders Verpflichtete gelten dieselben Bestimmungen.

§ 204 Verwertung fremder Geheimnisse

Die unbefugte Verwertung eines Geheimnisses, zu dessen Geheimhaltung man nach § 203 verpflichtet ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

§§ 331–335 Vorteilsannahme, Bestechlichkeit und Bestechung

- Amtsträger und besonders Verpflichtete, die für ihre Dienstausbübung Vorteile fordern, sich versprechen lassen oder annehmen, werden mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- Wer als Gegenleistung für eine Diensthandlung Vorteile fordert, sich versprechen lässt oder annimmt und dadurch seine Dienstpflichten verletzt, kann mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft werden. In besonders schweren Fällen drohen Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren.
- Auch das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von Vorteilen an Amtsträger oder besonders Verpflichtete ist strafbar.

§ 353b Verletzung des Dienstgeheimnisses und besonderer Geheimhaltungspflichten

Die unbefugte Offenbarung eines Dienstgeheimnisses durch Amtsträger oder besonders Verpflichtete, die dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährden, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Bei fahrlässiger Gefährdung drohen Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

§ 358 Nebenfolgen

Wird eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten für bestimmte Straftaten verhängt, kann das Gericht auch die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, aberkennen.